

Erstherausgeber
 nachmittags mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
 monatl. 60 Pf. frei im Haus
 nach die Postzusendung
 1,00 Mark ohne Postgeb.

„Die Neue Welt“
 (Anteilhaberschaft), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
 Herr 46/48, Herr Professor 100
 Anzeigenteil: Herr 46/48, Herr
 2-1 Uhr mittags.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Abbestellungspreis
 halbjährl. für die Geschäftsstelle
 3,00 Mark, für den Hausbesitzer
 3,50 Pf. für den Hausbesitzer
 nach die Postzusendung
 4,00 Mark ohne Postgeb.

Abbestellen
 für die Abgabe Nummer
 müssen spätestens bis zum
 15. d. M. für die Abgabe
 15. d. M. für die Abgabe
 15. d. M. für die Abgabe

Hauptverleger
 Herr 46/48, Herr Professor 100
 Anzeigenteil: Herr 46/48, Herr
 2-1 Uhr mittags.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Keinen König und keinen Orden.

W. A. Christiania, Anfang August.

Die Wahlen zum norwegischen Storting im Herbst des vorigen Jahres hatten bekanntlich das Ergebnis, daß die frühere konstitutionell-freiwirtschaftliche Mehrheit, die auch das Ministerium in der letzten Legislaturperiode von 1909 bis 1912 bildete, eine gewaltige Niederlage erlitt; die Zahl ihrer Mandate sank von 63 auf 24. Eine so schmachvolle Niederlage hat wohl selten eine parlamentarische Mehrheit erlitten. Die Liberalen hatten mit ihren 78 Mandaten die absolute Mehrheit erhalten und übernahmen im Januar dieses Jahres die Regierung. Und da sie mit den 28 Sozialdemokraten über die Hälfte der Stimmen im Parlament verfügten, konnte die neue Regierung an die Durchführung eines demokratischen Regimes ungehindert gehen.

Vor allem galt es, die Macht des Königs zu schwächen, die der Modernisierung der Verfassung in demokratischer Richtung im Wege stand. Schon vor mehreren Jahren hatte man die Krönungszeremonien als „beralut und in unsere Zeit nicht mehr passend“ aufgehoben, ebenso alles Titelwesen. Die weiteren Reformen auf diesem Gebiete wurden durch die Wahlen von 1909, die eine konstitutionell-monarchische Mehrheit ergaben, unterbrochen, und da die Titel abgeschafft waren, ergoß sich nun eine Flut von Orden in die Knopflöcher der Kreuzzüge der liberalen Regierung, mit denen man auch angesehenen Mitglieder der Liberalen, ja sogar Sozialdemokraten zu gängeln suchte — ohne natürlich bei uns Glück zu finden. Man verleihe nämlich, den abgesetzten Mitgliedern der anderen Parteien mit Orden auszugleichen, zu honorifizieren, und in einigen Fällen gelang es auch, die Liberalen tonnen den Beschlüssen nicht widerstehen und ließen es sich gefallen, mit Sternen, Kreuzen und Bändern aufgeduldet zu werden.

Es nun unter den völlig veränderten Majoritätsverhältnissen die liberale Partei die Regierungsgewalt in die Hand nahm, befreundete sie neben anderen Änderungen an der Verfassung auch die Abschaffung des Ordenswesens. Zuerst wurde, wie bekannt, das Verbot des Königs gegen die vom Storting gefassten Beschlüsse, soweit sie Verfassungsänderungen enthielten, abgeschafft, damit für andere Reformen der Weg frei wurde. Dann wurde das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt, und zwar unter ganz denselben Bedingungen, wie die Männer es besitzen. Weiter wurde die Bestimmung in der Verfassung aufgehoben, wonach die jeweiligen Minister nicht gleichzeitig Inhaber eines Parlamentsmandats sein dürfen. Das Verbot dieser Bestimmung hatte für die bürgerlichen Partei recht nachteilige Folgen; denn erlitt die jeweils regierende Partei bei den Wahlen eine Niederlage, so waren die Führer, die in der Regierung saßen, von allen parlamentarischen Wägen in der kommenden Legislaturperiode abgeschnitten; denn als aktive Minister waren sie ja nicht wählbar. Die Verhandlungen über diese Vorlagen und deren Annahme im Storting gingen ziemlich glatt vonstatten; die notwendige Zweidrittelmehrheit stellten die Liberalen und die Sozialdemokraten. Anders ging es bei der Vorlage über die Abschaffung der Orden. Schon in der Regierung selbst entstand dieser Vorlage eine Gegnerfraktion, die sich im Verfassungsausschuß noch vergrößerte. Nicht weniger als drei Minister waren für die Beibehaltung der Orden, und im Ausschuß zeigte es sich, daß bei dieser Frage die liberale Partei genau so uneinig war wie die Regierung. Immerhin wurde hier die Vorlage angenommen; aber aus den Verhandlungen im Plenum ging klar hervor, daß die große liberale Partei im Begriff steht, sich zu spalten. Insofern legte der Ministerpräsident Kronen, der langjährige Führer der Liberalen, seinen Einfluß in die Waagschale; er konnte nicht verhindern, daß dreizehnzwanzig liberale Abgeordnete ausstrachen und für die Beibehaltung der Orden stimmten, so daß die Regierungsvorlage fiel. Zwar stimmten 74 für die Vorlage und 47 dagegen; da aber eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, schieden noch acht Stimmen, und die Folge ist, daß das Ordenswesen nach wie vor bestehen bleibt und die Regierung hier eine unerwartete Niederlage erlitten hat.

Nun war es ja kein Geheimnis, daß es mit der Einigkeit innerhalb der liberalen Regierungspartei gleich vom Anfang an recht schlecht bestellt war. In ihr vereinigen sich die Vertreter aller wirtschaftlichen Richtungen: Agrarier, Industrielle, Handels- und Gewerbetreibende, Kleinrentner und Arbeiter, Beamte und Militärs, Prediger und Pfaffen. Schon bei der Zusammenlegung des Ministeriums kam es zwischen den Vertretern der einzelnen Interessengruppen zu Schwierigkeiten, die sich weiterhin noch bedeutend verschärfte hatten. Infolge der Vorläufe bei der Abstimmung über die Abschaffung der Orden sind nun die Verhältnisse unheilbar geworden, eine Spaltung daher unvermeidlich. Dazu trug besonders die Haltung des Führers des rechten Flügels der Partei, des Abgeordneten Kronen, viel bei, denn er ergriff in der betreffenden Sitzung des Stortings aufgeführt mit dem breiten Bande des Ordens und redete und stimmte, den Ministerpräsidenten und die Mehrheit seiner Partei geradezu herausfordernd, gegen die Aufhebung der Orden und mit ihm noch zweiundzwanzig andere.

Daß es gerade wegen dieser Frage zum Bruch bei den Liberalen kommen sollte, hatte natürlich niemand erwartet, denn im allgemeinen legt man in Norwegen dem Ordenswesen keine Bedeutung bei. So man 14 sogar geneigt, dem König ungeschicklich

gemachten König das Spiel mit den glühenden Sternen zu gönnen; aber die herausfordernde Haltung des rechten Flügels der Liberalen hat die Mehrheit dieser Partei zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Man will nun die Abschaffung der Orden zu einem Programmpunkt machen und die Gegner dadurch zwingen, entweder aus der Partei auszutreten oder sich zu unterwerfen. Das letztere wird nicht geschehen, im Gegenteil werden die dreizehnzwanzig, vielleicht noch einige mehr, Anführer an die Konventionen rufen und zur Opposition gegen das jetzige Ministerium Knaben überreden. Damit verliert die liberale Partei die Mehrheit im Storting und ist in allen Fällen auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion angewiesen. Weiter folgt daraus eine andere Zusammenlegung des Ministeriums und des Stortingspräsidenten und wohl auch ein anderer, mehr sozialer Kurs des Regierens.

Während der nun abgelaufenen Session beschäftigte den Verfassungsausschuß die Frage der Regierungsform in Norwegen, ob Monarchie oder Republik. Die Mehrzahl der Bevölkerung und auch die des Stortings ist republikanisch gesinnt, ist es auch schon seit Jahrzehnten. Und ein altes liberales Schlagwort lautet, daß sich im Saale des Stortings alle Macht des Landes vereinigen müsse. Dementsprechend wurde im Laufe der Jahre dem König ein Recht nach dem anderen genommen, und als im Jahre 1905 die Verweisung von Schweden erfolgte, mit dem Norwegen zuletzt nichts weiter mehr als den König gemeinsam hatte, war es die Meinung der Mehrheit des Volkes, daß die republikanische Staatsform proklamiert würde. Die zu diesem Zweck vorgenommene Volksabstimmung ergab jedoch eine Mehrheit für die Monarchie, und zwar deshalb, weil von der Abstimmung eine das Volk beeinflussende wilde Agitation entstand, deren Hauptmittel darin bestand, dem Volke vorzulegen, daß, wenn es für die Republik stimme, es zum Kriege mit Schweden käme; im übrigen bildeten die Großmächte Deutschland, England und Rußland eine Republik im Norden Europas. Die mit solchen Mitteln geführte Agitation wirkte, das norwegische Volk verabscheute einen Krieg mit dem schwedischen Bruderwolf und stimmte für das kleinere Uebel — die Monarchie.

Weil nun diese Volksabstimmung unter einem solchen Druck stattfand, erörtere man im Verfassungsausschuß in den letzten Monaten die Frage einer nochmaligen Volksabstimmung über diese Angelegenheit. Man war sich im voraus aber einig, daß es nicht angehe, den jetzigen König abzusetzen; man wollte daher die neue Abstimmung das Volk fragen, ob es nach dem Aussterben der direkten republikanischen Staatsform bei der Einführung der republikanischen Staatsform einverstanden sei. Zweifellos wäre die Abstimmung in bejahendem Sinne ausgefallen; aber als der König von diesem Antrag hörte, äußerte er, daß er ihn als eine Schutzprämie auf seinen Sohn betrachte, und er wolle lieber sofort mit seiner Familie das Land verlassen, wenn die Weiterberatung des Antrags erfolge. Angesichts dieser „Drohung“ wurde der Antrag still begraben. Nicht aber die republikanische Bestimmung des norwegischen Volkes, die gerade in diesen Tagen infolge der Jeronimonen bei der Einweihung des vom deutschen Kaiser geschenkten Friedrich-Denkmal wieder neu aufflammte. Fast alle norwegischen Wähler protestierten gegen die Entstellung des mittelalterlichen höfischen Gewandes auf dem freien norwegischen Boden. Wie man sich in Norwegen überaupt zu dem Gehent Wilhelm II. stellt, zeigt folgende Rede des Regierungsorgans Bergens Tidende; es schreibt:

Man empfindet gerade keine ungemessene Freude darüber, daß der uns so freundschaftlich gesinnte Kaiser Wilhelm jetzt beginnt, auch unsere Fjorde mit Statuen zu schmücken. Es gibt nämlich viele unter uns, die finden, daß der Gognefjord die Stelle, wo das Friedrich-Denkmal steht, am schönsten ist ohne deutsche Mißbauern und Wandalenstatuen. Und dann soll noch eine ganze Flotte von sechs Kriegsschiffen bei der Einweihung vor dem Kaiser delizieren. Wir glauben, daß die Parade besser in der Nordsee vor sich ginge als in den norwegischen Fjorden, die gewiß ein vorzügliches Bassin für die größten Kriegsschiffe darstellen, die wir aber nicht zu diesem Zwecke fotografieren zu haben wünschen. Alles in allem mühten wir bei dieser Art von Besuchen ausländischer Kriegsschiffe ein Ende zu machen. Es ist ihnen schon lange gestattet worden, das Gebiet zu messen und zu unterreden. Es ist gewiß schwierig, jetzt halt zu sagen, aber diese Schwierigkeit müssen wir überwinden. Das ist nur eine Stimme von vielen, aber sie ist deutlich!

Vom Kornwalzer-Prozesse.

Schon gestern führten wir einige Stimmen der „nationalen“ Presse an, die trotz der Verteilungen im Krupp-Prozesse (ober gerade wegen) auf die — Sozialdemokratie schimpfen, die die Verteilungen und die Korruption aufgedeckt hat. Heute liegen weitere derartige Wutausbrüche der Nistungsprese vor. Doch wir können sie übergehen; die vernünftiger Presse — und vor allem das Volk selbst — geteilt zu, daß der Sozialdemokratie ein Verdienst um die Meinung zukommt, das nicht leicht niegen wird.

Wesentlich anders als die genannten Blätter urteilt die liberale Kölnische Volkszeitung. Sie sagt: „Es dürfte sich sein, wenn die höchsten Stellen im Reich in Zukunft etwas mehr Distanz halten zwischen sich und ihrem

größten Lieferanten, der bei allem Patriotismus und bei allen patriotischen Verbiensten doch ein Weil bei dienen will, und am Deutschen Reich viel, sehr viel Wohl verdient hat. Der Prozeß wird dafür sorgen, daß nicht sobald wieder etwas geschieht, was die Firma Krupp in den Augen der Beamten als besonders bevorzugt erscheinen läßt. Man weiß eigentlich heute noch nicht, ob nicht wirklich ein Erlass des Kriegsministeriums der Firma Krupp eine besonders bevorzugte Behandlung zubilligt. Man weiß heute noch nicht, ob nicht ein General und Mitglied des Kriegsministeriums ungerügt erklären dürfte, daß es vor Krupp keine militärischen Geheimnisse gebe. Es scheint uns auch, als ob man nicht mit allem möglichen Eifer nachgehirt hat, ob Brandt und Krupp nicht auch andere Geschäftsmänner Korruptionen lieferten. Was jetzt bleibt nur das Bemühen zurück, daß innerhalb der größten deutschen Firma Mittel und Wege benutzt worden sind gegen die Konkurrenz und gegen das Vaterland, die man niemals hätte finden und wählen dürfen. Es ist ihrem Vertreter durch geschickte Ausnutzung persönlicher Bekanntschaften und Mißbrauch des durch Freundschaft erzwungenen Vertrauens gelungen, Beamte unserer obersten Behörde strafschuldig zu machen. Das ist das tiefbedauerliche Ergebnis des ersten Teiles dieses Prozesses. Auch bei den besten Patrioten, und gerade bei diesen, wird ein Stück Vertrauen für die Firma Krupp verloren sein, bis die Firma in der Zukunft ungeschwiegen hat den Nachweis erbracht haben wird, daß sie mit bezüglichen Vorwurfsmitteln nicht das geringste gemein haben will. Ein solcher Vorwurf freigt im Interesse der Firma und im Interesse unseres Vaterlandes.“

Die freisinnige Kölnische Zeitung äußert sich in ähnlicher Weise. Sie schreibt: „Das Kriegsrgericht spricht in der Urteilsbegründung trotz eines wiederholten Hinweisens auf den schweren Schaden für das Ansehen der Heeresverwaltung von einem „glücklichen Ausgang des Prozesses“, weil ein „Panama“ nicht aufgedeckt sei, eine Korruption schimmert. Wir nicht vorliegen. Diese milde Auffassung wird außerhalb des Gerichtsjaales kaum irgendwo Verständnis finden. Die Vertreter, die in diesem Prozeß festgesetzt worden sind, waren gerade schlimm genug. Handelte es sich doch um Straftaten und Geheimnisse aus dem Kriegsministerium, und waren nicht die Vertreter der Offiziersuniform, die, vor anderen wegen ihrer Tätigkeit und Bewußtlosigkeit ungeschwiegen, die Gewähr absoluter Verschwiegenheit und Korrektheit Unzulänglichkeit gegen Verleumdungsversuche zu bieten schienen.“

Sogar Veriel, der Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung, ist von der Unschuld der Firma Krupp noch nicht überzeugt. Er schreibt: „Mit Zurückhaltung wird man sich über die Rolle äußern müssen, die die Angeklagten der Firma Krupp und diese in der Angelegenheit gespielt haben. Darüber wird erst dann ein einigermaßen sicheres Urteil gefällt werden können, wenn die Verhandlung gegen Brandt und Genossen stattgefunden haben wird. Aber jetzt schon hat sich herausgestellt, daß Brandt sich dessen schuldig gemacht hat, was man Bestechung zu nennen pflegt. Ob die aufzubewahrenden Mittel groß oder klein waren, darauf kommt es nicht an. Es ist eine bedauerliche und häßliche Privatität, wenn gewisse Blätter über die Geringschätzung der Arbeitsmittel weinen. ... Wir hoffen, daß es der Firma Krupp gelingen möge, in dem bevorstehenden Prozesse den Nachweis zu führen, daß sie selbst und ihre oberste Leitung die Maßnahmen Brandts nicht gebilligt hat. Reicht wird freilich dieser Nachweis nicht zu führen sein.“

Eine besonders beachtenswerte Prestimmung zum Krupp-Prozesse liefert die nationalliberale Kölnische Zeitung, die gern zu offiziellen Versicherungen bewußt wird. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom Mittwoch oben:

„Neben den Angeklagten hat die Öffentlichkeit vielfach die Firma Krupp mit auf die Anklagebank gesetzt. Will man in diesem Wide bleiben, so könnte man sagen, daß die Firma nicht, wie die Deereverwaltung, in allen Punkten freigeiproden worden ist. Das eine kann schon heute gesagt werden: Es berührt nicht gerade angenehm, daß die Firma Krupp erweist hat, daß verschiedene der Informationen ihres Vertreters auf nichtlegalem Wege erworben worden sind und daß sie trotzdem die Beibehaltung dieser Informationen beschloffen hat. Dabei ist noch folgendes zu beachten: Das einzige Interesse, das die Firma an den Brandtschen Informationen hatte, bezugbar auf den Mitteilungen der Preisangebote der Konkurrenzfirmen und den Mitteilungen der betroffenen Bestellungen. Aber gerade diese beiden Arten von Mitteilungen waren nur auf nichtlegalem Wege zu erfahren, während alles übrige, was Krupp wissen wollte, über die Wortbetreue geholt werden konnte. Brandt hat ganz gewiß auf eigene Faust gehandelt, aber die Firma Krupp hat den Unfall und die Möglichkeit, ihn zurückzuhalten, als einige Herren bereits wußten oder hätten wissen müssen, daß unrechtmäßig vorgegangen wird, nicht beunruhigt. Einigen Direktoren sind die „Normalware“ direkt peinlich gewesen, aber offenbar sind dem Preisbureau die Angaben über die Konkurrenz als zu interessant gewesen und deshalb hat es Brandt weiter arbeiten lassen, ohne seine Methode zu untersuchen.“



Politische Uebersicht.

Salz (Salle), den 7. August 1918.

Von der militärischen Nebenregierung.

Zum Wechsel im Kriegsministerium will die tägliche Rundschau folgendes erfahren haben: Als Ueberber der umfangreichen Umstellungen im Kriegsministerium bezeichnet man den Generalstabchef B. Wolffe, der diese Förderung zugleich mit dem Verlangen nach einer gründlichen Verklärung der Armees unmittelbar nach dem türkischen Niederlagen dem Kaiser vorlegte. Der damalige Kriegsminister B. Herzogin, der sich schon längere Zeit mit Militärwissenschaften trug, erklärte sich bereit, die Behörde nach im Reichstage zu betreten und erst dann zurückzutreten. Sein Nachfolger B. Falkenhahn ist der Kandidat des Generalstabchefs und erfreut sich auch der Sympathien des Kronprinzen. Der Kronprinz hat vor einigen Jahren im Ministerium des Innern von dem Geh. Oberreg. Rat von Falkenhahn, einem Bruder des Kriegsministers, Vorträge über preussische Verfassungen und Verwaltungsdienst gehört und hat bei dieser Gelegenheit die Bekanntheit des damaligen Generalmajors v. Falkenhahn gemacht. Selbster ist es bekannt, daß der Kronprinz von dem jetzigen Kriegsminister viel hält.

Wenn diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, dann wirkt das ein recht merkwürdiges Bild auf unsere verfassungsmäßigen Zustände. Zur einen Maßnahmen im Bereiche der Herrschaftsbildung ist der Reichstag der Kriegsminister verantwortlich, und es war bisher auch schon außerordentlich unangenehm, dem jeweiligen Kriegsminister alles das entgegen setzen zu müssen, was das Militärkabinett, ohne den Kriegsminister zu fragen, veranlaßt hat. Man erfährt nun, daß außer dem allmächtigen Militärkabinett auch noch der Chef des Generalstabs bestimmend mit eingreift. Man, daß die letzte Heeresverordnung im Großen Generalstab ausgearbeitet wurde, ist bekannt, daß aber der Chef des Generalstabs auch einen Einfluß auf die Befehle des Kriegsministeriums hat, daß sie entstehen neu und es drängt sich die Frage auf, ob vielleicht noch irgend eine untergeordnete Stelle im Reich existiert, die ebenfalls in der Lage ist, einen Einfluß ausüben zu können. Man muß sich unter diesen Umständen wundern, daß sich überhaupt noch ein Offizier findet, der sich dazu bereit erklärt, für alle diese untergeordneten Stellen den Augenfall abzugeben. Diese untergeordneten Stellen erteilen einfach dem Kriegsminister Aufträge, die er auszuführen hat; will er das nicht tun, dann kann er seiner Weisung und ein anderer tritt an seine Stelle. Der Reichstag muß aber verlangen können, daß die verantwortliche Stelle, mit der er zu tun hat, nicht aus Strommännern zusammengesetzt ist, sondern in der Tat die Personen in sich schließt, die mit Zug und Reden als Ueberber der militärischen Maßnahmen betrachtet und dafür verantwortlich gemacht werden können.

Militärdisziplin, Revolution und — Niederfallen!

Die Rede gegen die Sozialdemokratie rief wie eine Furie durch die Lande. Ein Herr v. Gottberg, der früher der Armees als Offizier angehört, veröffentlicht im halboffiziösen Berliner *Waldenburger* einen Artikel, der an Heftigkeit alles übertrifft, was sich das Scherblatt bisher geleistet hat. Anknüpfend an die Ergebnisse des Krupp-Prozesses vor dem Kriegsgericht, macht er die Regierung scharf, dem vom Reichstage angenommenen Motokopie die Zustimmung zu verweigern. Daß er die Sozialdemokraten als Leute ohne eigenes Gewissen, als Menschen, ausgerottet mit schamloser Niedertracht, bezeichnet, mag seinen, er gemachten Entwürfen zugute gehalten werden. Entschuldigend heißt es:

Die Paragrafen, um die es sich handelt, galten nicht als zu streng in Tagen, da eine glorreiche und kräftige Nation sich nach dem für sie sorgen verstand, daß am Ende der Kontrollverfassung die Luft in der Feinde beim Reichskommando nicht mit dem zweifelhaften Item des sozialdemokratischen Agitatoren geschwängert war. Es braucht nicht erklärt zu werden, warum mit jener Paragrafen heute mehr als je bedürfen. Sind sie geändert, dann wird in jener

Reihe der Agitator dem Revolutions auf die Schulter klopfen: „Jetzt darfst du den Genossen verkaufen, denn wir hoffen dafür, daß es nicht mehr Judas gibt!“ Dann begriffe auch der gebierte Mann, daß die Sozialdemokratie Herrin im Lande ist. Wir sind also auf dem Wege, die eigenen Truppen dem Gegner, der Revolution, auszuliefern. Obwohl ihr von harter Hand — ach, wie leicht — der Genoss zu machen mag, ist sie auf dem Marsch. Das sieht jeder, der Betrachter, der sie auf ihr begriff, daß immer die in Antikatholiken stehenden Zweifel an ihren und dem Staates Rechten es waren, die dem Umsturz die Wege zum Siege bahnten.

Wenn wieder einmal im Reichstage oder sonst bei einer Gelegenheit vom Souveränentop gesprochen wird, dann wird man zweifelhaft auf den Artikel des Herrn v. Gottberg zurückgreifen müssen. Der Ton, den er anschlägt, lenkungslos die Erziehung, die er offenbar während seiner militärischen Dienstzeit genossen hat. Es soll hintertrieben werden, daß der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages zustimmt. In dem Krupp-Prozess hat wieder die Firma Krupp noch die Heeresverwaltung etwas besonders gut abgemessen. Um nun diesen Eindruck zu verwischen, schlägt man nach reichlichen Mustern auf die Sozialdemokratie los und läßt seinen Heerführer die Fingel gegen so weit schreien, daß man behauptet, die Truppen würden der Revolution ausgeliefert, wenn die unerhöht strengen Strafverordnungen, die im Militär-Strafgesetzbuch enthalten sind, eine Milderung erfahren sollten. Dem nachgebenden Stellen, hier vor allem dem Reichsfinanzler, der im Reichstage erklärte, daß er im Bundesrat für das Motokopie eintreten wolle, muß man es selber überlassen, wie sie mit dem Gottberg, der sie hier als unsichere Tröpfe hinstellt, sich auseinandersetzen werden.

Daß dieser so fein gebildete Mann auch mit „harter Hand“ der Sozialdemokratie „den Genoss“ — ach, wie leicht! — machen will, ist für die heißen Sommerstage eine willkommene weitere Entfaltung. Wir träumen gewiß in der kommenden Nacht davon, wie wir alle in den Straßen stehen und der starke Mann die Truppen auf uns kommandiert: „Legt an, acht Feuer!“ — *Wilt! Wilt! Wilt!*

„Sozialdemokratische Wahlmoral.“

Die freisinnigere Presse kann es noch immer nicht beschweren, daß das Mandat in Jüterbog-Unterwalde der Sozialdemokratie zugefallen ist. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung stellt glatt die Behauptung auf, daß von der Parteifreie abkommandiert werden, um dem Genossen Wahl zum Siege zu verhelfen. Dem genannten Blatt ist es zweifelhaft, ob diese Genossen politisch gemeldet waren, trotzdem seien sie in die Wahlerliste aufgenommen worden. Das ist natürlich hartezuverdenklich. Es mag immerhin daß am Wahltag 500 Berliner Genossen in dem Wahlkreise tätigt gewesen sind, selbstverständlich waren sie aber nicht in die Wahlerliste eingetragen und durften deshalb auch nicht wählen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung behauptet, daß dem Wahlbezirk für und für geöffnet würde, wenn ein Wähler gleichzeitig in eine beliebige Anzahl von Wahlerlisten eingetragen werden kann oder weil er eine entsprechende Anzahl von Wohnsitzen hat. Es befände gar keine wirksame Aufsicht darüber, wo er sein Wahlrecht ausübe.

Das Organ der Schlotbarone zeigt hier, daß es unser Reichstagswahlrecht nicht liebt. Der durchgeführte Kandidat von Döberitz hat einen Wohnsitz in Weidenburg und einen solchen in Berlin. Wird eine allgemeine Reichstagswahl ausgeschrieben, dann steht sein Name sowohl in Weidenburg als auch in Berlin in der Wahlerliste und es ist ihm überlassen, wo er seine Stimme abgeben will. Arbeiter, die 3. u. 4. von dem Lande weichen und in der Stadt arbeiten, müssen nach einer Entscheidung der Wahlbehörde, wo sie wählen wollen, an ihrem Wohnort als auch an ihrem Arbeitsort in die Wahlerliste eingetragen werden. Zur Wahl berechtigt sind die dazugehörigen an einem Orte und sobald nachgewiesen werden sollte, daß sie an zwei Orten gewählt haben, dann verfallen sie einer sehr empfindlichen Gefängnisstrafe. Die Patienten der Heilstätte in Weidlich mußten ganz selbstverständlich in die dortige Wahlerliste auf-

genommen werden und weil das nicht geschah, ist, deshalb wurde — wir wiederholen das — die Wahl Oertens für ungültig erklärt. Daß der Rheinisch-Westfälischen Zeitung die Art, wie der Wahllokal die Wahlprüfungen erledigte, besser gefiel, mag richtig sein, aber mit Gerechtigkeit hätte die damalige Wahlprüfung wertlos nicht zu tun.

Deutsche Spionage im Auslande.

Aus Warschau (russ. Polen) wird gemeldet: Ein Geheime der Militärbehörde wurde von Augustin b. e. h. als einer der besten deutschen Agenten gegen die Summe von 100 000 Rubel den Mobilmachungsplan des in Warschau befindlichen Armeekorps verkaufen wollte. Diese 100 000 Rubel sind deutsche Geld, das den deutschen Steueragieren abgezogen und durch die Geheimdienste von der deutschen Regierung gefaßt wird, um andere Mächte auszuspielen zu lassen. Dieses gemeine Korruptionsystem aber ist sehr national.

Deutsches Reich.

Nach keine Wahlen für die Reichs-Verfassungsämter. — Eine Korrespondenz meldet: Der Bundesrat hat die Annahme der Vertreter der Arbeitgeber und der Verächter in den Verfassungsämtern bis zum 31. Dezember 1914 verlängert. Es brauchen deshalb keine Wahlen mehr in diesem Jahre stattzufinden. Die Vorarbeiten für die Wahlen müßten aber so zeitig beginnen, daß die Aufforderung an die Wahlberechtigten spätestens im März 1914 ergeht und die Stimmzettel am 1. Juli 1914 im Amt anfragen können. Die Wahlzeit läuft danach vom 1. Juli 1914 an. In späteren Jahren haben die Vorarbeiten für die Wahlen im Anfang des letzten Jahres der Wahlperiode zu beginnen. Die Vorarbeiten für die Wahlen der Reichs-Verfassungsämter der Oberverwaltungsämter müssen so zeitig beginnen, daß die Aufforderung an die Wahlberechtigten spätestens Anfang September 1914 ergeht und die Stimmzettel im Amt am 1. Januar 1915 anfragen können. Die Wahlzeit läuft danach vom 1. Januar 1915 an.

Wahlen als reaktionäres Hindernis. Die Oberverwaltungsämter hatten bei der Verwaltung der habsburgischen Staatsbahnen die probierte Einstellung von Gläubigern dritter Klasse auf einigen Hauptstrecken beantragt unter Hinweis darauf, daß bei unserem lebhaften Verkehr die Einführung einer finanziellen Hierarchie ausföhrliche, liefern man angemessene Preise festsetze. Nach dem von der Verkehrsverwaltung nunmehr erzwungenen Befehl dürfte aber auf Verwirklichung dieses Antrages nicht zu rechnen sein, da, wie mitgeteilt wird, Verträge mit Gläubigern 3. Klasse nur gemeinsam mit den anderen deutschen Eisenbahnverwaltungen durchzuführen werden könnten und die preussische Verkehrsverwaltung bereits mit Bestimmtheit gegen die Föhrung der Gläubiger der Gläubigern soll also nach wie vor dem zahlungsfähigen Publikum vorbehalten bleiben, der gewöhnliche Eisenbahnpassagiere sein, wie er in den harten und volgestopften Abteilen zurecht kommt.

Der Balkanfriede geschlossen!

Nach längerem Auseinanderziehen ist in der Mittwoch-Sitzung der Väterster Friedenskonferenz der Friede im Prinzip geschlossen worden. Die Sitzung brachte zunächst die formelle Bestätigung der in privaten Sitzungen geschlossenen Grenzfrage getroffenen Vereinbarungen. Die Bulgaren haben aus der ganzen Linie nachgegeben. Die neue Grenze wird somit gemäß dem gemeldeten letzten Angebot der Verbündeten verlaufen, das heißt, daß Kanti und Strumitza den Bulgaren, Kavalla, Jipir, Sotitscha und Skodrischtza den Verbündeten verbleiben. Die Bulgaren hoffen jedoch, in dem am Donnerstag zur Abfassung des Friedensprotokolls zusammen tretenden Redaktionskomitee die Vorbehaltsklausel in irgendeiner Form zur Geltung zu bringen. Der Vertrag wird Donnerstag um 11 Uhr vorzeitig unterzeichnet werden. Auch die Unterzeichnung des Demobilisierungsabkommens wird dabei erfolgen. Daß es nur eine Woche gedauert hat, um die Friedensverhandlungen zum Abschluß zu bringen, ist in erster Linie wohl

Geschichte eines Neutreten von 1813.

Von Erdmann-Chartrian.

Dann schmeig Tante Grebel von selbst. Anknüpfend an ein gewöhnliches Mittagtrug zu bereiten, trug sie ein noch besseres als am vergangenen Sonntag und sagte mit ruhiger Miene zu uns:

„Ach, Kinder, und habt keine Furcht ... das wird sich alles ändern.“
Ein wenig ruhiger als beim Begehnen fehrte ich gegen ihre Nachdrücklich nach Palaburg aus. Als ich aber die Wäderschraube einlegte, da hörte ich plötzlich am Gummigang die Tummel des Stadtergeanten Hermantier und siehe ihn von einer großen Menge Menschen umringt. Ich laufe ebenfalls hin, um die Befannmachungen zu hören, und komme gerade in dem Augenblick an, als er zu sprechen beginnt.
Er machte bekannt, daß laut Senatsbeschluß von 3. des Monats, am 15. die Neutretensauslösung stattfinden solle.
Wir hatten an dem Tage den 8. es blieben also nur noch sieben Tage. Das brachte mich ganz aus der Fassung.
Die ganze Veranlassung ging in tiefstem Schweigen nach rechts und links ausserhalb. Ich kam sehr traurig nach Hause und sagte zu Herrn Goulden:

„Nachdem Donnerstag ist Lösung.“
„Ach!“ sagte er. „Man verliert seine Zeit ... die Sache hat Gile.“

Von meiner Betrübnis wurde dieses und der folgenden Tage kann man die Verwirrung ablesen. Ich hatte keine Ruhe mehr. Immer glaubte ich auf der Straße, in der Fremde zu sein. Es schien mir im voraus, als ließe ich in die Wälder und die Gendarmen mit ihrem „Halt ihn! Halt ihn!“ hinter mich her. Dann wieder stellte ich mir die Trostlosigkeit Katholikens, Tante Grebels und Herrn Gouldens vor. Immer glaubte ich, ein Mensch anderer Unglücklicher in Reich und Glück zu markieren. Man hätte uns zu: „Wozu wärs! ... fällt das Bajonett!“, während die Kanonenschüsse ganze Reihen niederhimmerten. Ich hörte die Stiefelkufen furen und die Hintertügelchen pfeifen — furchig, ich war in einem jämmerlichen Zustande.

„Nun, Kothel“, sag Herr Goulden, „martere dich doch nicht so. Bedenke doch, daß bei der ganzen Aushebung vielleicht nicht zehn zu gute Gründe für das Hierbleiben vorbringen können als du. Der Arzt müßte blind sein, wollte er dich nehmen. Zudem werde ich mit dem Herrn Platzkommandanten sprechen. Ich dich also aufreiden!“

Aber diese wohlwollenden Worte waren nicht instand, mich zu beruhigen.
Eine ganze Woche lebte ich auf diese Weise in Todesängsten, und als die Stunde der Lösung, der Donnerstag morgen, heran kam, war ich so blaß, so abgemagert und entsetzt, daß die Eltern der übrigen Dienstpflichtigen mit ihrer Söhne wegen gewissermaßen um mich besorgt waren. Der hat schließlich sagten sie unter sich ... er würde umfallen, wenn man ihn

anhauchte ... Es gibt doch Menschen, die unter einem Gläubigen geboren werden!“

Am Morgen des 15. Januar 1813, während der Lösung, hätte man das Palaburger Rathaus sehen müssen. Deututage bedeutet es schon etwas, bei der Föhrung zu verlieren und Eltern, Freunde, Geburtsort, Haus und Hof verlassen zu müssen, um, Gott weiß wo, das „Eins ... Zwei! Eins ... Zwei ...“ zu hören. „Augen redet ... Augen sieht ... gerade aus ...“
„Halt's Weib!“ — „Wohin willst du gehen?“
„Ach, das ist schon etwas, aber man kommt doch zurück! Man kann sich mit einiger Sicherheit sagen: „In sieben Jahren werde ich mein altes Nest, meine Eltern, vielleicht auch meine Geliebte wiederfinden.“
Ich werde dann die Welt sehen und sogar Ansprüche auf die Stelle eines Reichsrichters oder „Gendarmen haben!“ Das tröstet die Herrschaften. Wenn man dann einmal das Unglück gehabt, bei der Lösung zu verlieren, so war alles vorbei. Von hundert kam oft nicht einer zurück; der Bekannte, für ewig scheiden zu sollen, wollte einem beinahe nicht in den Kopf.

An jenem Tage also sollten zuerst die Wäldchen aus Harberg, Garburg und Vier-Weiden, dann die Palaburger und endlich die Weidwälder und Mittelbrunner lösen.
Ich war frühzeitig auf den Weiden und heute, beide Esbagen auf den Berthold geholt, alle diese Leute, die vorübergingen, zu betrachten: die Wäldchen in ihren Wäldern, die armen Alten in kleinen Hütten und Baumwollenschichten, die bedauernswerten Wälder in wäldlichen Gaden und Hütten — alle mit gequältem Rücken, verlorne Gesicht und dem Tod oder dem Reichthum der Wäldchen im Auge.
Garburg mit seinem übergehenden Hofstrassen und sein Sekretär, die am Tage zuvor im Wäldchen Döfen abgetrieben waren, sahen ebenfalls aus dem Döner.

Gegen 8 Uhr setzte sich Herr Goulden, nachdem er geküßt hatte, an die Arbeit. Ich hatte nichts vorgekommen und sah noch immer zu, als wenn der Wäldchen Wäldchen und sein Adjunkt den Herrn Unterpräfekten abholten.

Die Lösung begann gegen neun Uhr, und bald darauf hörte man die Klarinetten des Weidwäldchen und die Geige des großen Andros auf der Straße. Sie spielten den Schweden-Marsch. Unter den Klängen dieses Viebes haben Tausende von armen Teufeln das alte Glück für immer verlassen. Die Ausgehobenen traten, Hühner im Arm, den Wäldchen föhren, daß die Reichsrichtern Klirren, Hämmer mit dem Abschlag auf den Boden und schwebten ihre Döner: sie luden lustig zu scheinen, während sie den Tod im Götze hatten — es ist ja Mode so. Und der große Andros, trocken, dürr und gelb wie Strohbaums, ging mit seinen feierlichen, habsburgischen Kameraden in den Wäldchen, die dem Herrn zum Hofhof geleiten und dabei über gleichgültige Dinge redeten.

Die Musik und das Geföhre stimmten mich traurig.
Eben hatte ich meinen Schwabenwäldchen angesprochen und meinen Kolter aufgeholt, als plötzlich Tante Grebel und Katharine eintreten.

„Nun, Tante, was hast du?“
„Der Herr, Herr Goulden!“ sagten sie. „Wir kommen wegen der Aushebung.“

„Ich hab sofort, daß Katharine viel gemeint hatte: ihre Augen waren ganz rot. Sie fiel mir gleich um den Hals, während ich Mutter rings um mich herumging.“

Herr Goulden fragte sie:

„Es muß bald Zeit sein für die jungen Wäldchen aus der Stadt?“

„Ja, Herr Goulden“, entgegnete Katharine mit schwacher Stimme. „Die Garberger sind schon fertig.“
„Schön ... schön ... Nun, Tante, es wird Zeit, daß du gehst.“
„Bemerkte ich nicht, daß ich den Morgen ...“
„Ich bin nicht unglücklich. Die Lösungen, jetzt hier, sind nur nach der Form wegen da. Schon seit langer Zeit genimmt man nicht mehr, und wenn man gewinnt, wird man zwei oder drei Jahre länger gefaßt; die Nummern sind alle schlecht! Wenn die Lösung des Sommeres zusammenfällt, werden wir sehen, was sich tun läßt. Gute Nacht ... das höre ich ein Wort Gemutigung, die man den Leuten gibt ... aber jeder verliert.“

„Das ist egal“, sagte Tante Grebel. „Joseph wird gewinnen.“

„Ja ... ja ...“ entgegnete Herr Goulden lächelnd, „das kann nicht fehlschlagen.“

Dann ging ich mit Katharine und der Tante fort, und wir begaben uns nach dem großen Wäldchen, auf dem die Menge hin und her drängte. In allen Wäldchen drängten sich die Ausgehobenen dazwischen, um die Föhrung, um Wäldchen zu laufen. Man sah sie weinen, während sie dabei wie Wellen fingen. In den Wäldchen umarmten sich andere unter Seufzern und Tränen, langen dabei aber immerzu. Aus der Umgegend waren zwei oder drei Wäldchen, die Truppen Hoffentlich, die Feindes Feinde und die Jünger, die Wäldchen herbeigekommen und ständen mit ohrenschmerzhaftem, entsetzlichem Geöhre ihre Weidchen durcheinander.

Katharine hatte mich beim Arm genommen. Tante Grebel ging hinter uns.

Schon von weitem bemerkte ich dem Wäldchen gegenüber den Wäldchen Binale, der seinen Warenball auf einem Tisch föhnte, ausgereicht hatte. Dicht daneben stand eine lange Stange, die mit Wäldchen behängt war, welche er an die Neutreten verkaufte.

Ich beehrte mich, an ihm vorüber zu kommen, er aber schrie mir zu:

„Du Kothner, halt dich ... halt! Komm her ... ich habe ein schönes Band für dich aufgehoben!“
„Du brauchst ja dich schon, das der Leute, die gewinnen!“

Dabei schaute er eine große schwarze Schleife über dem Kopfe. Da wurde unmerklich blaß. Als wir aber die Treppe am Rathaus hinaufstiegen, kam gerade ein Ausgehobener hinter: es war Kothel, der Schmeiß aus La Porte-de-France. Er hatte eben Nummer gezogen und schrie schon von weitem:

„Der das schwarze Band, Binale, das schwarze Band!“
„Sein Nummer ... es sollte, was es sollte!“
„Sein Bruder Jean hat weinen hinter ihm her und tief: „Rein, Jakob, nein, nicht das schwarze Band!“

(Fortsetzung folgt.)

Lebensmittel zu Extra-Preisen!!

Nur Freitag und Sonnabend!

Soweit Vorrat!

Nur Freitag und Sonnabend!

Tomaten . . . Pfund	14
Erfurter Blumenkohl 30 35 18	12
Grüne Bohnen . . . Pfund	9
Weisskohl . . . Pfund	5
Neuer Sauerkohl Pfund	7
Salat-Gurken s. 18 19	9

Kolonialwaren.	
Kaffee gebrannt 1/2 Pfd. 65 75	55
Gebr. Gerste . . . Pfd.	16
Makkaroni . . . Pfd.	28
Hausmach.-Eiernud. Pfd.	38
Band- u. Fadennud. Pfd.	33
5 Pfd. Zucker . . .	93
Einmachezucker . Pfd.	22
Weizenmehl „Krone“ 2 Pfd.	35
Hafermehl . . . Pfd.	38
Haferpflocken . . Pfd.	22
Bruchschokolade . Pfd.	68
Kakao . . . Pfd. 68	68
Erbswürste . . . 3 Stück	25

Fleischwaren.	
Th. Cervelatwurst Pfd.	138
Knoblauchwurst Pfd.	110
Salamiwurst . . . Pfund	97
Braunschw. Mettw. Pfd.	105
Jagdwurst . . . Pfund	95
Rotwurst . . . Pfund	55
Zwiebelwurst . . . Pfund	58
Fetter Speck . . . Pfund	78
Mager-Speck . . . Pfund	98
Kochwurst . . . Pfund	85
HuBSchinken . . Pfund	138
Bratenschmalz . Pfund	78
Palmutter . . . Pfund	58

Butter u. Käse.	
Fst. Molk.-Butter 1/2 Pfd. 63	63
Trüster Käse . . . Pfund	82
Edamer Käse . . . Pfund	85
Limburger Käse Pfund	36
Camembert Stück 90 42 16	16
Alpen-Desser-Käse St. 15	15
Allgäuer Frühstückskäse 12	12
Altenb. Ziegenkäse s. 35	35
Obstweine.	
Apfelwein . . . Flasche	32
Heidelbeerwein Flasche	55
Johannisbeerwein Fl. 65	65
Erbeerwein . . . Flasche	75

Fisch- und Räucherwaren.	
Oelsardinen Dose 68 88 28	28
Sardellen-Ringe Dose 28	28
Appetit-Sild Dose 32	32
Norweg. Sardinen 17 Tomat. Dose 38	38
Bismarck-Ringe Dose 48	48
Anchovis-Paste T. & P. 66 32	32
Sardellenbutter Tube 68 32	32
Delikateß-Senf Tube 26	26
Räucherlachs Pfund 1.40 95	95
Seelachs 1/2 Pfund 18	18
Bäcklinge 8 Stück 20	20
Feinster gekochter Schinken 78	78

Weintrauben Pfund	36
Bananen . . . Pfund	32
Tafelbirnen Pfd. 24 22 18	18
Reinelauden z. Einkochen . Pfund	22
Cassler . . . Pfund	98
Schmer . . . Pfund	78

Kaiser Alexander-Äpfel Pfund	20
Grosse blaue Pflaumen Pfund	35

NUSSBAUM.

Grosse Domaine la Pedreux 78	78
Feinst. roter Fischwein, 10 Flasch. 7,20.	7,20
Grosse Chat. Macau . . . Flasche 118	118
vorzüglicher Bordenax 10 Fl. 10,50.	10,50

Metallarbeiterverband Verwaltung Halle a. S.

Sonnabend den 9. August abends 8 1/2 Uhr im „Eustischen Hof“:
Branchen-Versammlung
der Schmiede, Blech- und Kesselschmiede, sowie deren Hilfsarbeiter.
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schmiede und Kesselschmiede.
2. Branchenanliegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Branchenkollegen nicht entgegen zu sein.
Die Brancheneleitung.

Sonnabend, den 9. August er., abends 8 1/2 Uhr, im „Dreierhaus“ zu Osendorf:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Verbands-Angelegenheiten.
Die Kollegen von Ammendorf und Umgegend sind hiermit zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen. Die Verbandsleitung.



Verband der Fabrikarbeiter Distrikt Ammendorf-Beesen.

Sonnabend den 9. August abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus „Dreierhaus“ in Osendorf:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über das Thema: „Unternehmerwillkür h. Festsetzung d. Arbeitsvertrages“. Ref.: Arbeiter-Sekretär Gen. Mücke aus Halle.
2. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Einem zahlreichen Besuch erwartet.
Die Distriktsleitung.
Die Kollegen von Beesen sind hieran ganz besonders eingeladen.
Sozialdemokrat. Verein, Glesien.
Sonnabend den 9. August abends 8 Uhr im Bielefelder Gasthof

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rauter.
Um zahlreiches Erscheinen der Genossen erbetet
Der Vorstand.

Nebra. Nebra. Bauarbeiter.

Sonntag den 10. August abends 8 Uhr im „Schützenhaus“

Vergnügen.

Um gütigen Zuspruch bittet
Der Vorstand.
empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Peissnitz. Peissnitz.
Sonnabend d. 9. August: Letztes
Volks-Konzert
des gesamten Stadttheater-Orchesters.
Leitung: Kapellmeister Heinrich Lohse.
Programm:
Jupiter-Symphonie v. Mozart; ausserdem klassische u. moderne Werke.
Eintrittskarten: 20 Pfg. für jedermann. Vorverkauf in den Musikalien-Handlungen v. Heinrich Hothan und Reinhold Koch, im Arbeiter-Sekretariat und auf der Peissnitz. 1913

2871
Zoo.
Sonntag, den 10. August 1913:
Billiger Sonntag.
Den ganzen Tag:
Erwachsene 30 Pfg.
Kinder 20 Pfg.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität
Mitgliedschaft Merseburg.
(Mitglied des Deutsch. Arbeit.-Radf.-Bundes).
Sonntag, den 10. August 1913, von nachmittags 3 Uhr an, in der Kaiser Wilhelmshalle: 1320

Sommerfest

verbunden mit Konzert, Verlosung, Tanz sowie grosses Gesellschafts-Auskegeln und Schiessen. Abends 8 Uhr: Reigen-fahren und B.-BALL. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Es ladet hierzu die Arbeiterschaft ein. Der Vertrauensmann.

Osendorf. Osendorf.

Sonntag, den 10. August 1913, abends 7 Uhr, im Gasthaus des Herrn Kitzling:
Kränzchen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Bandonion-Klub Badewell.

Zigarren-König

Merseburgerstrasse 14
empfiehlt Qualitätszigarren in allen Preislagen.
I. Hallesche Rinder-Schlächterei.
Einstiges Spezial-Geschäft am Platz.
Inhaber: Richard Hummel.
nur Magdeburgerstr. 23 (als a. die Wallhalla).
empfiehlt das beste Rindfleisch
ohne Knochen 85 u. 95 Pfg., mit Knochen 70 bis 75 Pfg., Gehacktes 75 Pfg.

Aus frisch eingetroffenem **Kühlwaggon:**
Goldbarsch Pfund 17 Pf.
Seelachs ohne Kopf Pfund 19 Pf.
Austernfischkoteletten 38 Pf.
(Schneeweiß, ohne Gräten brautfertig.)
Kabeljau ohne Kopf 25 Pf. | Schellfisch ohne Kopf 33 Pf.
Karbonaden . . . 32 Pf. | Seebecht ohne Kopf 48 Pf.
Bratschellfisch . . 19 Pf. | Bratschollen . . 33 Pf.
Ferner sehr billig:
Neue Vollheringe . . . 3 Stück 20 Pf.
1 Duzend nur 75 Pf.
Allerfeinste neue **Vollheringe** Stück 10 Pf.
Allerfeinste neue **Maljesheringe**
Stück 15, 20, 25, 30 Pf.
Süchste, garte, gerucherte **Spickaale.**
Nordsee,
Gr. Ulrichstrasse 58.
Tel. 3783 u. 1275.

Torgau. M. Bierwirth, Torgau.

Kolonial-Waren. Likör-Fabrik.
Destillation.
*1015

Geschäfts-Eröffnung.
Allen Freunden, Nachbarn und Bekannten zur Nachricht, dass ich am heutigen Tage
Torstr. Nr. 6, Ecke II. Vereinsstr.
ein
Zigarren-Geschäft
eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute, erstklassige Ware zu führen, und bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen.
Hochachtung
Emil Bruder, Halle (Saale),
2668
Torstr. Nr. 6, Ecke II. Vereinsstr.

Fahrräder
für Damen und Herren kaufte stets zu soliden Preisen und nimmt in Zahlung
H. Schindler, Kl. Ulrichstr. 55.

Rossfleisch.
Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur dort hat bei
A. Thurm,
Reilstrasse 10. 103
Diätulatur
verkauft
Hallesche Concessions-Buchdr.

Arbeitslosigkeit und Parteitag.

Die Sozialdemokratie weiß, daß es sich bei den Erscheinungen der bereits wieder statt eintretenden Arbeitslosigkeit nicht um etwas Zufälliges, sondern um eine regelmäßig wiederkehrende, mit dem Wachsen der kapitalistischen Produktionsweise ungetrenntlich verknüpfte Erscheinung handelt, deswegen hat die Sozialdemokratie auch in wirtschaftlich günstigen Zeiten auf die Verpflegung der öffentlichen Gewalten hingewiesen, durch besondere Einrichtungen der Arbeitslosenversicherung die Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzumildern. Die Sozialdemokratie kann darauf hinweisen, daß sie sich im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, den Regierungen und bereit Vorgelegten nicht erst durch das starke Eintreten der Arbeitslosigkeit überreden ließ, sondern der Frage der Arbeitslosigkeit stets die größte Aufmerksamkeit schenkte. Schon unter dem Sozialistengesetz ergab die Schrift des Reiches nun längst verstorbenen Genossen Kießer: 200 000 Lohngeldbesitzer. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es Sozialdemokraten waren, die die Arbeitslosenvereine in Deutschland anregten, die ersten auch durchführten, daß es unsere Gewerkschaften waren, die durch Einführung der Arbeitslosenversicherung wenigstens für die organisierten Arbeiter den drückendsten Wirkungen der Arbeitslosigkeit Schranken setzten.

In zahlreichen Rundgedrungen haben Partei und Gewerkschaften zum Arbeitslosenproblem Stellung genommen. Wir wollen auch daran erinnern, daß sich die Sozialdemokraten und Gewerkschaften von den Erwartungen bürgerlicher Kreise über die Arbeitslosigkeit nicht fern halten. Wohl gab es im Jahre 1893 wegen der Beteiligung Regiens und anderer Vertreter der Gewerkschaften an dem Sozialen Kongresse in Frankfurt a. M. Diskussionen über die Zulässigkeit einer dergleichen Zeitnahme. Es wurde damals mit Recht darauf hingewiesen, daß unsere Arbeiterbewegung durch die Arbeitslosenvereine die Anregung zu diesem Kongresse gegeben hatte und daß der Kongress nach der Art der Verfassung und Zusammenfassung von seiner Wirkung sein konnte. Er ist ja bekanntlich auch nicht mehr wiederholt worden. In dem Zusammenhange unserer heutigen Darlegungen ist wichtig, daß auch damals schon Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung feststellten. Auf der internationalen Konferenz über die Arbeitslosigkeit, die am 18. bis 21. September 1910 lagte, war auch die Generalkommission der Gewerkschaften in Deutschland vertreten; in dem uns vorliegenden Bericht finden wir den Schwäger Genossen Egg, den belgischen Genossen Focquet als wichtige Vertreter der Konferenz. Wichtig aber als diese Konferenz ist die Stellung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu dem Problem der Arbeitslosigkeit überhaupt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands kann gerade jetzt, wo die Arbeitslosigkeit wieder zu einer sozialen Gefahr geworden ist, nicht bloß auf die Erhebungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit von 1892 ab hinweisen, sie kann daran erinnern, daß sie auf ihrem Stuttgarter Kongresse im Jahre 1902 die Reichsarbeitslosenversicherung verlangte, daß sie im Jahre 1911 eine außerordentlich wertvolle Denkschrift für die gelegenden Körperschaften des Reiches, der Bundesstaaten und für die Gemeindeverwaltungen die Arbeitslosenversicherung in Reich, Staat und Gemeinde herausgegeben hat. Auf dem Gewerkschaftskongress zu Dresden, der Mitte des Jahres 1911 abgehalten wurde, referierte Paul Lindert über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung. Hieran knüpfte sich eine sehr umfangreiche Debatte, die mit der einstimmigen Annahme einer Resolution schloß. Wir entnehmen ihr die nachstehenden Ausführungen:

Die Arbeitslosenversicherung ist eine öffentliche Pflicht, die das ungleiche und talfrächtige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert.

Eine umfassende Arbeitslosenversicherung ist nur möglich auf der Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosenversicherung ist auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. Der Kongress empfiehlt erneut allen Gewerkschaften den Ausbau ihrer Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

In Frankreich und gemeindlichen Verbänden zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongress einen geeigneten Weg zur Verwirklichung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichs einheitlichen Regelung.

Von weit größerer Bedeutung noch war die Erörterung des Arbeitslosenproblems auf dem Internationalen Kongresse zu Stockholm im Jahre 1911. Die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung wurde dort von den Vertretern der verschiedenen Länder in einer Kommission wie in der Gesamtsitzung eingehend erörtert. Von den Vertretern aller sozialdemokratischen Parteien wurde dort das Eingreifen der Staatsgewalt verlangt. Die Meinungen der Engländer wichen, wie eine Erklärung zum Protokoll feststellte, am stärksten ab von den allgemeinen Anschauungen. Aber auch sie verlangten die Einteilung der staatlichen und städtischen Arbeitsnachfrage möglichst zu organisieren und auf einen festen Fuß zu bringen, wie die Staatsversicherung. Von dieser abweichenden Anschauung abgesehen, wurde einstimmig von dem Internationalen Kongresse zu Stockholm beschlossen:

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verbunden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Milderung und um die Verringerung ihrer Folgen handeln. Der Kongress fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Gewerkschaften organisierten verstaatlichte allgemeine obligatorische Arbeitslosenversicherung, deren Kosten die Träger der Produktionsmittel zu tragen haben.

- Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern:
1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.
 2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezugung der tarifmäßigen oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.
 3. Subventionierte Unterbringung der Arbeitslosenaffen während der Krise.
 4. Leistungen an Arbeitslose dürfen nicht eine Verringerung der politischen Rechte zur Folge haben.
 5. Errichtung und Unterhaltung von gewerkschaftlichen oder parteiatischen Arbeitsnachfrageeinrichtungen, in denen die Wahrung der Freiheiten und Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften übertragen werden muß.
 6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.
 7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.
- Man sieht, daß die Arbeiter in ihren nachgehenden Körperchaften auf die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung kräftig hingewiesen haben, daß sie Wege gezeigt haben, auf Vorarbeiten hinweisen können, die die Erfüllung der staatlichen Pflichten fördern könnten. Reiz zur Lösung ist die Frage der Arbeitslosenversicherung. In den letzten zwanzig Jahren sind unter Anerkennung dieser Anregung der Fraktion mannlische Erfahrungen in Denkschriften vom Reich und von statistischen Vereinen, von den Regierungen und städtischen Körperchaften, von Arbeiterorganisationen u. s. w. zusammengetragen, so daß es nur des guten Willens bedürfte, dem anerkannten Bedürfnis Rechnung zu tragen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat schon gleich nach dem ersten Zusammentritt im Reichstag einen Initiativentwurf eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Arbeitslosenfrage gesetzgeberisch zu regeln. Seit zwanzig Jahren hat die sozialdemokratische Partei in bayerischen Landtag auf die Frage der Arbeitslosigkeit das Interesse der Nachbarn gelenkt. Bueri schon im Jahre 1893 Vollmar, später Biedermann und endlich Simon. Biedersteinsche Erklärungen vom Ministerische und nun ein Handwritten des Prinzregenten sind das einzige, was wir bisher gerannt haben. Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg-Altbair hat — wie die französische Tagespost schreibt — beim Parteitage beantragt, daß dieser Antrag möglichst bald im Reichstage zur Verhandlung gestellt werde. Unsere Genossen verlangen, daß die Arbeitslosenfrage zum Gegenstand eines besonderen Tagesordnungspunktes auf dem Parteitage gemacht werde. Die Arbeitslosenfrage ist die wichtigste soziale Frage. Wir wissen nichts, was so sozial einsehender dringlicher zu verhandeln wäre, als dieses Problem. Es wird notwendig sein, der Forderung unserer Abgeordneten Ausdruck zu geben im Volks- wie auch auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie.

Verbandstag der Tabakarbeiter.

In Heidelberg hält gegenwärtig die freigewerkschaftliche Organisation der deutschen Tabakarbeiter ihren 18. ordentlichen Verbandstag ab, den ersten, seitdem auf dem vorjährigen Verbandstag in Hamburg die Reichsvereinigung mit dem Verband der Briten in Antwerpen und St. Louis in Belgien geschlossen wurde. Bei dieser Vereinigung vollzogen 2686 Mitglieder des letztgenannten Verbandes ihren Lebertritt, während 353 nicht übertraten.

Für den Gesamtverband war das Jahr 1912 ein wichtiges und schwieriges Jahr. Schwere, weil der abnormale Zoll, der im Jahre 1909 auf den Tabak gelegt wurde, der Substanz einen ungeheuren Stoß verurteilt, unter dem in erster Linie die Arbeiter schwer zu leiden hat. Wichtig, weil die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel die schiedelgelosten Tabakarbeiter anwog, trotz der schlechten Konjunktur zu versuchen, durch Lohnbewegungen, ihre Arbeitsverhältnisse besser zu stellen. Der Verband hat dem in den Berichtsjahre eine große Anzahl von Bewegungen zu führen gehabt.

Angriffsbewegungen:

ohne Streit	189 in 829 Betrieb	mit 25007 beschäft. Arbeit.
mit Streit	29 " 49 "	1549 "

Abwehrbewegungen:

ohne Streit	10 " 15 "	332 "
mit Streit	8 " 9 "	608 "
Ausparierungen	49 " 49 "	2874 "

Die angeführten Angriffsbewegungen ohne und mit Streit brachten den beteiligten Arbeitern nach gemeinsamer Schätzung eine Erhöhung ihres Verdienstes bis 2,50 M. pro Woche oder für 3170 Arbeiter bis — 50 M.

16 498	1
1127	1,50
202	2
104	2,50

insgesamt 21 086 Arbeiter bis 2,50 M.

Außerdem wurde für 821 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um 1604 Stunden verkürzt. Mit dem Ansätze dieser Bewegungen kann man sich zufrieden sein, sofern man dabei die Lage des Gewerkschaftsstandes berücksichtigt.

Am Schlusse des vorigen Jahres betrug die Mitgliederzahl 35 449, darunter 17 674 weibliche, in 476 Zählstellen, und am Schlusse des Berichtsjahres 37 211, darunter 18 053 weibliche, in 483 Zählstellen. Die Mitgliederzunahme betrug demnach 1762, darunter 370 weibliche Mitglieder.

Wie die Beitragsleistung, so auch die Gesamteinnahme gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die Bilanz der Hauptkassen lautet:

Gesamteinnahme	983 812,33 M.
Gesamtausgabe	899 074,14 "
bleibt Bestand am 31. Dezember 1912	84 738,19 "

Die Bilanz des Gesamtverbandes enthält die Gesamteinnahme von 1 563 888,22 M. die Gesamtausgabe von 1 457 194,67 M. den Kassenbestand am 31. Dezbr. 1912 von 106 638,55 M.

Der Vorstand und Ausschuss haben beim Verbandstage beantragt, an Stelle der bisher getrennt geführten Arbeitslosen-, Krank-, Invaliden- und Altersunterstützung die Erwerbslosen-Unterstützung einzuführen.

Die Generalversammlung ist von 73 Delegierten besucht. Im Vorstandsbüro beschäftigt sich Reichmann mit dem Auftrag, die Gründung eines allgemeinen Nationalen und Gewerkschaftenvereins in die Wege zu leiten. Die Vorstandsbüro zur Gründung eines solchen Verbandes sind aber noch nicht gegeben. Reiner legte den völlig unzulässigen Stand des Unternehmenseins im Gesamtverbande klar. Es ist eine Jagd nach Unternehmungen eingetreten, daß in manchen Fällen von einer vollständigen Demoralisation gebrochen werden kann. Es ist die wichtigste und verantwortungsvolle Aufgabe, die den Delegierten zusteht: eine Reorganisation des Verbandes dahingehend zu beschließen: Reduzierung der Unternehmungsansätze, Erhöhung der Kampffähigkeit, damit der Verband wieder in die Lage kommt, seiner Aufgabe als Kampfschutzorganisation voll gerecht zu werden. (Beifall.) Die erste Diskussion betraf die hauptsächlich am Unternehmungsfragen: an den Lohnkämpfen wurde nur wenig Kritik geübt. Alle Reiner waren einig, daß es mit den jetzigen Unternehmungsansätzen nicht mehr weitergehen könne. Eine Verabredung der Gehälter der Angestellten oder eine Reduzierung der Zahl derselben, wurde jedoch als gänzlich unangebracht zurückgewiesen und alle beratigen Anträge abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Die Latit in den Werftarbeiterkreisen wird in der am Freitag beginnenden außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Halle eingehend besprochen werden. Die letzte Nummer der Metallarbeiterzeitung vom 9. August bringt viele Zuschriften von Hamburger Mitgliedern, die die Latit der Hamburger Werftarbeiter zwar nicht direkt verteidigen, aber doch zu erklären versuchen. Der eine Fenster, ein Angestellter der Hamburger Verwaltungsstelle, legt u. a. die Bewegung zu unterstützen auf, nicht mehr zurückzugeben war und die Werftarbeiter zur Selbsthilfe greifen mußten. Die Arbeit sei nicht gegen den Beschluß des Vorstandes niedergelegt, sondern ohne den Beschluß. Er billigt zwar nicht die plötzliche Arbeitsverweigerung, verwirft aber dem doch den Zentralvorstoß darauf, daß nach einem Bestimmung des Statuts der Vorstand verpflichtet ist, alle Interessen des Verbandes gewissenhaft wahrzunehmen. Der Vorstand hätte deshalb, nachdem die Bewegung einmal eingeleitet war, nicht die Bügel am Boden schließen lassen dürfen. Der Fensterler sagt: „Und wir abgesehen von Sozialisten haben immer geglaubt, daß der Erfolg einer Bewegung von den öffentlichen Machtverhältnissen komme, dem Organisationsverhältnis und dem Glauben der Mitglieder abhängig sei. Nun wissen wir es freilich besser. Weil der Paradermarck misglückt, deshalb ist die Schmach verloren, sagen die Vorstände. Die Mitglieder aber schütteln den Kopf und denken, der Sozialist behüte mich vor meinen Freunden.“ Der Zentralvorstoß ist, wie es heißt, eine kurze Erklärung, in der er darauf beruht, daß er an anderer Stelle diese Ausführungen würdigen würde. Wörtlich heißt es dann weiter: „Eins aber möchte ich schon heute bemerken. Wenn Kollege Dittmann die verschiedenen Verhandlungen, die wir auch in Generalversammlungen über Latit gehabt haben, verfolgt hätte, würde er das nicht geschrieben haben. Er würde dann, anstatt sich in der Hülle eines Parteimitglieds des unrichtigen Vorgehens eines Teils der Kollegen auf den Gewerkschaften zu gefallen, der Sache mehr gebiert haben, wenn er diesen Kollegen das Gedächtnis über die Anschauungen unserer Generalversammlungen in latitischen Fragen vor Augen hätte, es wenigstens verliert hätte. Wenn wir mit dem Einsteigen des Bundes setzen könnten, was uns im Interesse unserer Mitglieder notwendig erscheint, brauchen wir überhaupt keine Organisation. Darüber zu streiten, erscheint mir an dieser Stelle mißlich.“

Ein Appell an das Gewissen der Bergarbeiter. Der Bergknappe, das Organ des ärztlichen Bergarbeiterverbandes, bringt in seiner neuesten Nummer einen Aufruf des Vorstandes an die Bergarbeiter Deutschlands. In diesem wird behauptet, daß die Organisationsarbeit der Bergarbeiter zum Stillstand gekommen, da gegenüber dem im Vergleich bestehenden Schachtmachtum die Vergleute auf starke Organisationen angewiesen seien. Das größte Hindernis für eine betriebliche Vorwärtsentwicklung sei der gefällige Streit zwischen den verschiedenen Verbänden. Das dürfe nicht mehr so weiter gehen. Die bestehenden Gewerkschaften müssen eine Arbeitsgemeinschaft ermöglichen; es müsse eine gemeinsame Kampfesfront gegen die Unternehmer geschaffen werden. Auf den verschiedenen Gebieten sei in nächster Zeit ein gemeinsames Arbeiten notwendig. Der Gewerksverein halte es für seine Pflicht, alle deutschen Vergleute zu einer Gemeinschaftserfassung zu einem Handeln im Interesse der Arbeiter aufzurufen. Die Gegenseite zwischen den Verbänden dürfen nicht dazu führen, daß eine Arbeitsgemeinschaft im Interesse der wirtschaftlichen Fragen unmöglich wird. Alle Vergleute müssen dazu beitragen, daß diese mögliche Arbeitsgemeinschaft sooft baldigst verwirklicht wird.

Streit im Kupferwerk in Hedderheim. Die Arbeiter der Hedderheimer Kupferwerke (Hilale Guldarbeiten) haben, nachdem sie die fanatischen Zustände im Betriebe als zu wünschenswert angesehen, die Arbeit niedergelegt.

Streitbrecher nach Petersburg geschickt! Aus den Streifen der Petersburger Metallarbeiter wird uns geschrieben: Länger wie drei Monate dauert schon ein Streit in St. Petersburg bei der Firma G. A. Lehner (Alt.-Gef.) Maschinenfabrik. Dieser Streit wurde verursacht durch die Weigerung der Firma, einen Aufseher, Kavalal zu entlassen. Kavalal hatte nämlich ganz unbedürftlich einen jugendlichen Arbeiter, Stronigin, des Diebstahls beschuldigt, woraufhin Stronigin Selbstmord beging. Die Firma wird von dem Verbanne der Industriellen unterstützt. Soeben aber erfahren wir, daß seitens der Firma versucht wird, Streitbrecher im Auslande (Zschibald, Schweiz) zu werben. Die Organisationen des Auslandes werden in dieser Angelegenheit, Zugang fernhalten.

Bergarbeiterkämpfe in Ungarn. Einen verheerenden Kampf führten 400 streikende Bergarbeiter des Nijker Bergwerkes, die eine Lohnsteigerung von 10-20 Heller pro Tag fordern. Vor jeder Durchschneidung ist 2,10 bis 2,30 Kronen pro Tag. Die Verwertung ließ 130 Familien aus ihren Werkstätten auf die Straße legen, darunter auch eine Frau im Wochenbett, die man samt Bett und Säugling einfach ins Freie trat.

Soziales.

Die Unfallgefahr im österreichischen Bergbau. Nach der erst jetzt erschienenen amtlichen Statistik sind 1911 im österreichischen Bergbau 174 tödliche Unfälle und 1909 tödliche Verletzungen vorgekommen. Die Verletzungen der tödlichen Unfälle auf je 1000 männliche Bergarbeiter ist von 1,18 auf 1,22 gestiegen. Die Gruubeninspektion schiebt — wie bei uns — die meisten Unfälle auf Zufall oder eigenes Verschulden.

